iwd

Der Informationsdienst
des Instituts der deutschen Wirtschaft

Gaskrise | 21.10.2022 | Lesezeit 2 Min.

Entlastungspakete: Was bringt der Wumms?

Mit drei Entlastungspaketen will die Bundesregierung die Energiepreiskrise abfedern. Gleichwohl stellt sich die Frage, ob die Hilfen auch da ankommen, wo sie gebraucht werden. Das IW hat die Effekte der Maßnahmen in Zahlen umgemünzt.

Nicht kleckern, sondern klotzen: Unter diesem Motto hat die Bundesregierung drei Entlastungspakete auf den Weg gebracht, um Haushalte und Unternehmen in der Gas- und Energiepreiskrise zu unterstützen. Tatsächlich lässt sich der Staat den „Wumms“ und „Doppel-Wumms“ einiges kosten: Insgesamt haben die Hilfen ein Volumen von 200 Milliarden Euro. Der größte Posten entfällt mit 96 Milliarden Euro auf die Gaspreisbremse, an zweiter Stelle folgt mit 17 Milliarden Euro der Ausgleich der kalten Progression: Die steigende Inflation soll nicht dazu führen, dass die Bürger auch noch steuerlich stärker belastet werden.

> Mit den Entlastungspaketen verteilt der Staat eher mit der Gießkanne als gezielt.

Gleichwohl stellt sich die Frage, ob die Hilfen auch da ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Die Antwort: nicht immer. Denn von einigen Maßnahmen profitieren Gutverdiener deutlich mehr als Geringverdiener – etwa bei der Gaspreisbremse: Wer sich eine große Wohnung leisten kann und mehr Energie

verbraucht, wird auch stärker entlastet.

Insgesamt erhalten nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Singles mit einem jährlichen Bruttoeinkommen von 25.000 Euro durch die drei Entlastungspakete 1.510 Euro an Hilfen; Besserverdiener mit einem Bruttoeinkommen von 75.000 Euro rund 2.689 Euro. Bei Familien schlagen die Maßnahmen deutlich stärker zu Buche (Grafik):

Eine vierköpfige Familie mit einem jährlichen Einkommen von 45.000 Euro wird um 3.552 Euro entlastet, eine Familie mit 75.000 Euro Einkommen um 4.647 Euro.

Wie der Staat hilft

Um so viel Euro kann eine vierköpfige Familie durch folgende Maßnahmen entlastet werden

		Bruttohaushaltseinkommen		
		45.000	60.000	75.000
Entlastungspakete 1 und 2	Erhöhung Grundfreibetrag auf 10.347 Euro	69	69	69
	Erhöhung Werbungskostenpauschale auf 1.200 Euro	51	56	62
	Energiepreispauschale (einmalig)	448	432	413
	Kinderbonus (einmalig)	200	200	200
	Tankrabatt (3 Monate)	25	25	25
	Abschaffung der EEG-Umlage (6 Monate)	76	76	76
Entlastungspaket 3	Ausgleich kalte Progression zum 1.1.2023 (Annahme: Inflationsrate von 8,8 Prozent)	352	442	568
	Kindergelderhöhung zum 1.1.2023	432	432	432
	Steuerfreie Rentenbeiträge	163	251	351
	Strompreisbremse	308	308	308
	Gaspreisbremse	1.428	1.785	2.142
	Insgesamt	3.552	4.076	4.647
	in Prozent des Bruttoeinkommens	7,9	6,8	6,2

Familie: befindet sich in Steuerklasse 3, zahlt keine Kirchensteuer, ist gesetzlich krankenversichert, fährt mit dem Auto 1.000 Kilometer pro Monat, hat einen durchschnittlichen Strom- und Gasverbrauch; Wohnungsgröße und Energieverbrauch steigen mit dem Bruttoeinkommen

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

© 2022 IW Medien / iwd

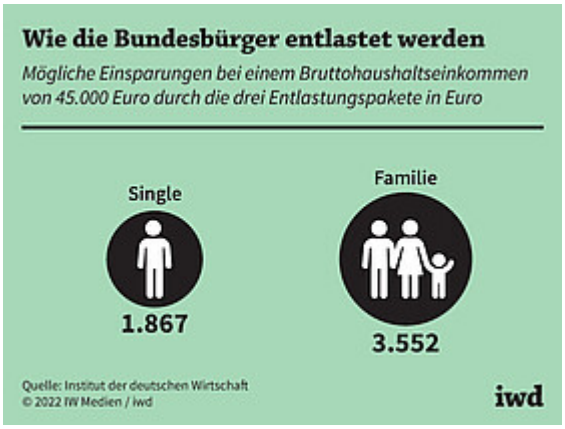
iwd

Einerseits zeigen die Beispiele, dass die Privathaushalte wirklich entlastet werden – ein wichtiger Schritt angesichts der hohen Inflation und Energiepreise. Andererseits wird eher mit der Gießkanne als gezielt verteilt.

Viele Unternehmen bangen um Existenz

Für Unternehmen ist die Situation derweil noch unsicherer. Von den Entlastungspaketen profitieren zwar auch Betriebe – ob dies ausreicht, ist aber völlig

unklar. Bedroht ist vor allem der Mittelstand, schon jetzt bangen energieintensive Betriebe wie Bäckereien oder Papier verarbeitende Unternehmen um ihre Existenz. Weitere Maßnahmen wie die flächendeckende Stundung von Steuerzahlungen oder die Erstattung von Vorauszahlungen wären also sinnvoll. Damit könnte der Staat die Liquidität der Betriebe möglichst schnell verbessern.



Kernaussagen in Kürze: